



# Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 08/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem September-Newsletter möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Ein wichtiges Thema im September-Plenum war der Integrationsplan und die Finanzierung des Haushalts für das Jahr 2017. Die Fraktionen von SPD und Grünen haben gemeinsam bundesweit das erste umfassende Konzept für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Neuzugewanderten vorgelegt. Der sogenannte Integrationsplan wurde am Plenarmittwoch mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen verabschiedet. Damit haben wir das Fundament für eine weitere erfolgreiche Integrationsarbeit in Nordrhein-Westfalen gelegt.

Am Donnerstag begannen die Beratungen für den Landeshaushalt 2017. Mit rund 2,4 Mrd. Euro mehr, sieht der Haushaltsentwurf insgesamt Ausgaben in Höhe von 72,3 Mrd. Euro vor. Hiervon sollen 29 Mrd. Euro in den Bildungsbereich investiert werden. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) stellte in seiner Haushaltsrede heraus, dass der Wettlauf um die sogenannte „schwarze Null“ kein Wert an sich sei. Vielmehr sollten in Zeiten niedrigster Zinsen Investitionen insbesondere für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur getätigt werden. Außerdem ist geplant, die Zuweisungen des Landes für die Kommunen um rund 177 Mio. Euro zu erhöhen. Damit stünden den Kommunen für 2017 Zuweisungen in Höhe von 11 Mrd. Euro zur Verfügung.

Nach den Plenartagen fand am Samstag unser Informationsstand „Fraktion im Dialog“ in der Fußgängerzone – nahe der Friedenskirche – in Wattenscheid statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten uns zu konkreten Anliegen befragen und sich über aktuelle Landesthemen informieren. Darüber hinaus berichteten wir den Bürgerinnen und Bürger ganz allgemein über die Arbeit eines Landtagsabgeordneten. Der Kurzbericht nebst zwei Bildern ist weiter unten zu finden.

Wir wünschen Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel MdL



Die Plenarsitzung am Mittwoch begann um 10 Uhr mit einer Debatte über den Integrationsplan für Flüchtlinge, den die Fraktionen von SPD und Grünen vorgelegt haben. NRW hat in den vergangenen Monaten bewiesen: Wir sind bereit zu helfen – schnell und umfassend. Allein 2015 wurden in NRW mehr als 230.000 geflüchtete Menschen gut aufgenommen. Jetzt und in den kommenden Jahren wird es vor allem auf die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive ankommen. Dieser Herausforderung stellen wir uns als regierungstragende Fraktion: Mit unserem umfassenden Integrationsplan für NRW. Mit dem Integrationsplan verfolgen wir das Ziel einer gesellschaftlichen Teilhabe aller zu uns kommenden

Menschen. Dafür legen wir bundesweit das erste weitreichende Konzept für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Neuzugewanderten vor. Dabei greifen wir in NRW auf unsere bereits vorhandenen integrationspolitischen Strukturen zurück. Wir stärken gezielt die Kommunalen Integrationszentren (KIs), um die gestiegenen Herausforderungen vor Ort zu bewältigen. Da Ankommen mehr als Sprache erfordert, werden Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen an Integrationskurse gekoppelt. Die Integration Points werden neben den KIs zu wertvollen Schnittstellen für gelingende Bildungs- und Arbeitsmarktintegration. Eine zentrale Rolle spielt die Zivilgesellschaft, die bisher großartige Arbeit geleistet hat. Bildung und Ausbildung sind die zentralen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Jeder Geflüchtete erhält ein individuelles Bildungsangebot, um möglichst einen Bildungs- oder Ausbildungsabschluss zu erreichen. Um die anvisierten Maßnahmen umsetzen zu können, hat der Landtag einen weiteren Nachtragshaushalt für 2016 verabschiedet. Dieser sieht weitere rund 25 Millionen Euro für den Integrationsplan vor. 2017 werden voraussichtlich insgesamt rund 50 Millionen Euro bereitstehen. Enthalten sind darin unter anderem folgende Punkte in fünf Blöcken:

#### **Ankommen. Mehr als Sprache.**

Wir wollen verpflichtende, von jetzt 60 auf 100 Stunden aufgestockte, Integrationskurse für alle. Mit dem Spracherwerb sollen auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes vermittelt werden:

- zusätzliche Stellen in Kommunalen Integrationszentren (KI): zwei für alle KI, eine weitere für KI in Kreisen und bei Bedarf in Städten mit hoher Zuwanderung aus Südosteuropa
- Einrichtung eines mehrsprachigen Portals, das nützliche Angebote und Informationen in Form von Apps und Online-Beratungsangeboten wie Informationen zu Sprach- und Integrationskursen, Verbraucherinformationen, Behördengänge usw. bündelt

#### **Aus der Präventionskette auch eine Integrationskette machen.**

Wir werden uns für zusätzliche Plätze in den Kindertageseinrichtungen und der offenen Ganztagsbetreuung, mehr Lehrkräfte in Schulen sowie eine Ausweitung der individuellen Beratungs- und Förderangebote in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Ausbildung einsetzen:

- 400 zusätzliche Lehrerstellen für Berufs- und Weiterbildungskollegs
- zehn Millionen Euro zusätzlich für Brückenprojekte
- 5,9 Millionen Euro mehr für die Förderung der Volkshochschulen

#### **Passgenaue Qualifizierung. Gute Arbeit.**

Wir fordern praxisnahe Kompetenzfeststellungen und angepasste Qualifizierung für Flüchtlinge sowie eine Ausweitung des sozialen Arbeitsmarktes und Stärkung der beruflichen Weiterbildung:

- Personalstellen für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- Entwicklung eines Konzepts zum „Sozialen Arbeitsmarkt“

#### **Zusammenleben im Quartier.**

Wir sorgen für die Fortsetzung der Wohnungsbauoffensive und den Abbau von rechtlichen Hindernissen für den Wohnungsbau sowie die Stärkung der „Integrationsmotoren“ Kultur und Sport:

- 40 halbe Stellen bei den Stadtsporthänden für Integrationsarbeit
- zusätzlich 1,25 Millionen Euro für z. B. Interkulturelle Kunst

## Starke Zivilgesellschaft. Konsequenz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir setzen uns ein für die bessere Förderung des ehrenamtlichen Engagements und die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus:

- Stärkung des „Wegweiser-Programms“
- Ausbau der Anti-Diskriminierungsstellen

Wir haben die Basis für eine gelingende Integration bereits geschaffen und bauen unsere vorhandene Struktur konsequent und flächendeckend aus.

### Voranbringen: Starkes Stahlland NRW sichern!

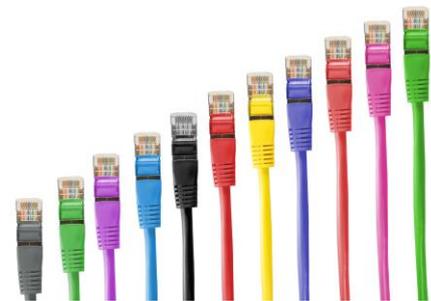


NRW ist ein starkes Stahlland - jährlich werden rund 16,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das ist ein Anteil von rund 38% an der bundesweiten Produktion. In der NRW-Stahlindustrie sind 47.600 Menschen beschäftigt. Dies entspricht 56% der Stahlbelegschaften deutschlandweit. In dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen sprachen wir uns am Mittwoch im Landtag unter anderem dafür aus, uns insbesondere für eine europäische Außenhandelspolitik einzusetzen, die der Dumping-Strategie der chinesischen Stahlproduzenten wirkungsvoll begegnet.

### Vormachen: Spitzencluster suchen starke Mitstreiter

Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft und Industrie weltweit. NRW als starker Industriestandort im Herzen Europas steht vor der Herausforderung, seine industriellen Stärken im Zuge der neuen digitalen Technologien und der mit ihnen verbundenen Neugestaltung von Arbeitsorganisation und Wertschöpfungsketten weiterzuentwickeln.

In NRW bestehen bereits viele wichtige Ansätze für Innovation und Weiterentwicklung unserer Industrie. Es braucht dafür jedoch den weiteren aktiven Einsatz der Landespolitik und ein engagiertes Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft, damit die Chance für den Wandel hin zu einer intelligenten Industrie im Interesse der Menschen in NRW gestaltet werden kann. Das Spitzencluster "it's OWL" ist in diesem Zusammenhang ein bundesweites Vorzeigeprojekt. Beraten wurde über die Anträge in der Plenarsitzung am Mittwoch.



### Vorbereiten: Grundsatzdebatte um Geld für 2017



Der Donnerstag begann mit der Debatte um den Landeshaushalt für 2017. Für das kommende Jahr sind rund 72,3 Milliarden Euro für die Landesausgaben eingeplant. Unter anderem sind zusätzliche Stellen im Schulbereich für Inklusion, in der Steuerverwaltung und in der Justiz für eine weitere Digitalisierung angedacht. Insgesamt steigert die Landesregierung die Ausgaben im gesamten Bildungsbereich 2017 um 950 Millionen Euro auf 29 Milliarden Euro. Für die Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen stellt das Land 2017 insgesamt rund 4,1 Milliarden Euro bereit.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt bleibt die Innere Sicherheit: Im neuen Haushaltsplan sind rund 4,2 Milliarden Euro veranschlagt - 375 Millionen Euro mehr als bisher. Das Innenministerium wird 2017 mit 699 neuen Stellen die Polizei verstärken. Die Rekordzahl in der Ausbildung von 2.000 Polizeianwärtern zeigt, dass das Land auch perspektivisch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verbessert.

Die Neuverschuldung soll auf 1,6 Milliarden Euro abgesenkt werden. Das bedeutet, dass NRW die Schuldenbremse bis 2020 einhalten und danach voraussichtlich mit einer Tilgung von etwa 930 Millionen Euro beginnen kann. Mit diskutiert wurde am Donnerstag auch der Gesetzentwurf zum neuen kommunalen Finanzausgleich. Voraussichtlich können die Kommunen mit gut 10,56 Milliarden Euro rechnen. Das ist eine Steigerung gegenüber 2016 um rund 177 Millionen Euro (1,71 Prozent). Die Angaben basieren auf den Einnahmeerwartungen des Landes nach der Mai-Steuerschätzung 2016 und sind insofern noch vorläufig.

### Vorhalten: Freifunk weiter fördern und fordern



Die Fraktionen von SPD und Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag brachten am Donnerstag einen weiteren Antrag zur Unterstützung der Freifunk-Bewegung in die Plenarsitzung ein. Das CDU-geführte Bundesfinanzministerium hatte erklärt, dass eine generelle Anerkennung von Freifunkinitiativen als gemeinnützig nicht unterstützt würde. NRW ist gegen die Störerhaftung eingetreten, und wir werden nun auch weiterhin dafür kämpfen, dass die Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen umfassend anerkannt wird. Eine Möglichkeit wäre eine Bundesratsinitiative ebenso wie eine verbindliche Regelung

zwischen den Finanzministerien von Bund und Ländern. Wir fördern die Freifunk-Bewegung auch finanziell.

### Verändern: Verbesserte Förderung für öffentlichen Nahverkehr

Das Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) regelt die Grundsätze der Planung, Organisation, Finanzierung und Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs. 2017 werden vom Land rund 1,58 Milliarden Euro in diesen Verkehrsträger investiert. Mit der aktuellen Änderung des Gesetzes, die am Donnerstag vom Landtag debattiert wurde, werden die Investitionsförderung um 30 Millionen Euro pro Jahr und die ÖPNV-Pauschale um 20 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Zudem wurden neue Verteilungskriterien mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und eine verstärkte Finanzierung für den ländlichen Raum festgeschrieben. Es sollen neue Förderanreize gesetzt werden, um die zeitgerechte Fortentwicklung des Nahverkehrs effektiv unterstützen zu können. Das sind die Förderung der Barrierefreiheit und der E-Mobilität bei Linienbussen, die Reaktivierung und Elektrifizierung von SPNV-Strecken, die Erneuerung von Straßen-, Stadtbahnsystemen und öffentlichen, nichtbundeseigenen Eisenbahnen. Personenfähren sollen als förderfähiger Bestandteil des ÖPNV aufgenommen und regionale Schnellbusverkehre gestärkt werden.



### Verstetigen: Sonne mit Solaranlagen zukünftig nutzen



Mit dem Klimaschutzgesetz NRW und dem Klimaschutzplan setzt sich Nordrhein-Westfalen das Ziel, bis 2030 eine klimaneutrale Landesverwaltung zu erreichen. Die Fraktionen von SPD und Grünen unterstützen das aktiv. Deshalb brachten sie am Donnerstag einen Antrag zu Solarstromanlagen auf landeseigenen Gebäuden in den Landtag ein. Dabei geht es unter anderem um Ministerien, Behörden, Polizei und Justizvollzugsanstalten. Mögliche Nutzungsflächen sollen ermittelt werden, um später Solaranlagen aufstellen zu können. Geplant ist: Wenn etwas neu

gebaut oder umfangreich saniert wird, soll im Regelfall auch eine Solaranlage mit angebracht werden. Vorausgesetzt, es ist wirtschaftlich sinnvoll. Auch auf Bestandsgebäuden soll nach und nach eine

"Umrüstung" erfolgen. Außerdem wurde geprüft, ob neben der Eigenversorgung der erzeugte Strom in das Versorgungsnetz eingespeist werden kann. Zweck des Antrags ist die Neuausrichtung des landeseigenen BLB.

### Versprochen: Gute Grundlage gelegt für Hochschulen

Für eine positive Zukunftsentwicklung in einer immer stärker vernetzten und globalisierten Welt sind Innovation, Exzellenz und gut ausgebildete Fachkräfte die wesentlichen Schlüssel. Nordrhein-Westfalen ist mit seiner großen Zahl an Wissenschaftseinrichtungen dabei die bedeutendste und profilierteste Wissenschaftslandschaft in Europa. Gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten sowie den Hochschulen hat das Wissenschaftsministerium nun einen Entwurf des ersten Landeshochschulentwicklungsplanes für 2017 bis 2021 erarbeitet. Dieser basiert auf den vom Landtag gebilligten Planungsgrundsätzen. Sowohl das Verfahren, als auch der Inhalt des Landeshochschulentwicklungsplanes ist auf breite Zustimmung aller Beteiligten gestoßen.



Am Donnerstag wurde er im Landtag debattiert. Zudem legten die Fraktionen von SPD und Grünen einen Entschließungsantrag vor, der noch weitere Punkte für die Stärkung des Wissenschaftssandorts in NRW beachtet. Dabei geht es vor allem um die Hochschulvereinbarung und die gesicherte Finanzierung der Einrichtungen.

### Verabredet: Dritte Stufe des Stärkungspakts startet 2017

Die Finanzen der Kommunen waren am Freitag ebenfalls Thema im Plenum. Die Landesregierung legte dazu das "Gesetz zur Einführung einer dritten Stufe des Stärkungspaktes" vor. Der Landtag beschäftigte sich damit in erster Lesung. Unter anderem wird der Kreis der Kommunen erweitert, die über den Stärkungspakt unterstützt werden. Die Konsolidierungshilfe wird 2017 zum ersten Mal gezahlt. Die Teilnahme erfolgt freiwillig auf Antrag. Bewerben können sich Städte und Gemeinden, die bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2015 überschuldet waren und dies durch den Jahresabschluss 2014 oder ihre Haushaltsdaten 2015 nachweisen können. Die Höhe der Konsolidierungshilfe richtet sich nach dem durchschnittlichen Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit der Jahresabschlüsse 2013 und 2014. Die teilnehmenden Kommunen müssen bis spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Dann wird die Konsolidierungshilfe schrittweise abgebaut, um sie bis spätestens 2023 komplett ausschleichen zu lassen.

### Vorausgehen: Entwicklung von Energiespeichern für Erneuerbare Energien



Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1 in Deutschland. Wir decken nicht nur den eigenen Strombedarf, sondern stellen - wie beispielsweise beim Bahnstrom - auch für andere Bundesländer eine verlässliche Stromversorgung sicher. 88 Prozent des Stromverbrauchs in NRW wurden 2015 noch aus fossilen Erzeugungskapazitäten gedeckt. Das Ziel der Landesregierung ist jedoch der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien unter der Maßgabe, dass die Energieversorgung sicher, umweltfreundlich und bezahlbar sein muss. Dabei werden in Zukunft neue und innovative Speichertechnologien eine wichtige

Rolle spielen. Der Antrag der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen zeigt auf, welche Schritte notwendig sind, um in NRW die Speichertechnologie voranzubringen und zu fördern. Darüber wurde am Donnerstag im Landtag diskutiert.

## Vorbeugen: Ampeln attestieren Hygienestandards

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen und sollen die Gewissheit haben, dass beispielsweise im Restaurant, der Imbissbude oder beim Bäcker Hygienestandards eingehalten werden. Mit dem Gesetz zur Schaffung von Transparenz von Ergebnissen der amtlichen Lebensmittelüberwachung will die rot-grüne Landesregierung die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. In Zukunft soll ein "Kontrollbarometer" über die hygienischen Bedingungen der Gaststätten oder Fleischereien Auskunft geben. In einem Pilotversuch in Bielefeld und Duisburg wurde das "Kontrollbarometer" schon erfolgreich getestet. Der Gesetzentwurf wurde am Freitag im Landtag eingebracht.

## Freisprechungsfeier und Begrüßung der neuen Auszubildenden der Kreishandwerkerschaft Ruhr



In dieser Woche gab es für die Azubis der Kreishandwerkerschaft Ruhr einiges zu feiern: Während für die einen die Ausbildung nun anfängt, wurden die anderen mit ihrer Freisprechung zu Gesellinnen und Gesellen. Somit beginnt für alle ein neuer Lebensabschnitt.

Starlight Express einmal anders: Die Bühne des Musicals gehörte am letzten Montagabend den Auszubildenden der Kreishandwerkerschaft Ruhr. Feierlich wurde den ehemaligen Auszubildenden ihr Gesellenbrief übergeben: Ein großer Tag, denn damit sind die Auszubildenden von jetzt an

keine Azubis mehr, sondern Gesellinnen und Gesellen. Gleichzeitig wurden alle neuen Auszubildenden begrüßt. Die Bochumer SPD-Abgeordnete und Landtagspräsidentin Carina Gödecke gratulierte zum erfolgreichen Abschluss der Ausbildung und dankte den Betrieben und Ausbildern für ihr Engagement.

Zudem betonte Gödecke, wie wichtig es sei, eine gute Ausbildung zu bekommen und erfolgreich absolviert zu haben - nicht nur beruflich, sondern auch allgemein. Denn gerade bei der Ausbildung im Handwerk, wo oft Familienbetriebe zu finden seien, würden Werte wie Zuverlässigkeit, Gemeinsinn, Solidarität, Hilfsbereitschaft, aber auch Pünktlichkeit und Exaktheit groß geschrieben und weitergegeben. Dies seien Werte, die in einer Gesellschaft, in der man auch das Gegenteil von Zusammenhalt erlebe, dringend notwendig, so Gödecke weiter. Die Feier ließen sich auch andere Bochumer Gesichter aus dem Politikgeschäft nicht entgehen und so freuten sich unter anderem Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Gödeckes Kollege Serdar Yüksel und Bundesabgeordneter Axel Schäfer mit den Azubis sowie Gesellinnen und Gesellen.



## Gymnasium Werden besuchte Peter Weckmann und Serdar Yüksel im Landtag

Auf Einladung des SPD-Landtagsabgeordneten für den Essener Süden, Peter Weckmann, und seines Kollegen Serdar Yüksel, besuchten Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des Gymnasiums Werden den Landtag. Serdar Yüksel hat gemeinsam mit der Caritas das Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet ins Leben gerufen, für welches das Gymnasium Werden Spenden in fünfstelliger Höhe gesammelt hat. Begleitet wurden die Schülerinnen und Schüler von ihrer Klassenlehrerin Inga Buchholz und zwei Müttern. Außerdem nahm der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Essener Bezirksvertretung IX, Daniel Behmenburg, an dem Termin teil.

„Es hat mich schwer beeindruckt, dass die Schülerinnen und Schüler in unermüdlicher Fleißarbeit die stolze Summe von 17.070,- € für das Flüchtlingsdorf gesammelt haben. Das ist weit mehr, als manche Stiftung oder

Initiative zu diesem Projekt beigetragen hat. Die Schülerinnen und Schüler wollte ich unbedingt kennenlernen und habe sie spontan in den Landtag eingeladen“, so Peter Weckmann.

Serdar Yüksel konnte aus eigener Erfahrung und aufgrund seiner vielen Besuche vor Ort eindrucksvoll vom Aufbau des Flüchtlingsdorfes Ruhrgebiet in der Region Dohuk und der momentanen Situation dort berichten: „Das Geld von den engagierten Kindern aus Werden wurde eins zu eins in Materialien einer neu errichteten Schule investiert. Dazu zählen zum Beispiel Tische, Stühle, Tafeln, Schulhefte und Stifte.“ Seine Berichte konnte Serdar Yüksel durch mitgebrachte Fotos seiner Besuche noch anschaulich untermauern. „Schulische Bildung ist die einzige Möglichkeit für die Kinder und Jugendlichen in dem Flüchtlingsdorf, dem Elend dort zu entrinnen. So wurde mit dem Geld aus Werden der jungen Generation dort eine Zukunftsperspektive eröffnet“, so Yüksel weiter.



„Auch mich haben die Erzählungen meines Kollegen Serdar Yüksel beeindruckt. Mit dem Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet wurde echte Hilfe organisiert, anstatt nur am grünen Tisch über das Thema zu sprechen. Und ich bin stolz, dass aus dem Essener Süden heraus ein Teil zu diesem Projekt beigetragen wurde“, so Weckmann.

Die Kinder hatten außerdem viele Fragen mitgebracht, die durchaus nachdenklich gestimmt haben. Sie bezogen sich größtenteils auf die Lebensbedingungen der Kinder vor Ort.

Im Anschluss konnten die Schülerinnen und Schüler sich noch im neuen Besucherzentrum über die Arbeit des Landtags informieren und bei Kuchen und Kaltgetränken über das Erlebte reden.

## Infostand "Fraktion im Dialog" in Wattenscheid



Nachdem der Infostand „Fraktion im Dialog“ im letzten Monat erfolgreich auf dem Husemannplatz Halt gemacht hat, führte der Weg für die Bochumer Abgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel sowie die SPD-Landtagsfraktion nach Wattenscheid: In der Fußgängerzone – nahe der Friedenskirche – wurde das Zelt für den Infostand aufgeschlagen. Gödecke und Yüksel nutzten gemeinsam mit der Fraktion den Vormittag, um den vielen interessierten Bürger/innen ihre Fragen rund um die Arbeit der



Fraktion, den Landtag und das Land zu beantworten. Auch Oberbürgermeister Thomas Eiskirch schaute vorbei.

## Eröffnung des NaturFreundeZentrums



Am letzten Wochenende wurde das NaturFreundeZentrum in Bochum-Langendreer feierlich eröffnet. Viele Gäste feierten mit und überbrachten dem Zentrum Glückwünsche, darunter auch die Bochumer Landtagsabgeordnete und Präsidentin des nordrhein-westfälischen Parlaments, Carina Gödecke. Sie wandte sich zudem mit einem Grußwort an die NaturFreunde.

Auch wenn seit einiger Zeit in den neuen Räumlichkeiten des NaturFreundeZentrums gearbeitet wird und man bereits einige Erfahrungen hat sammeln können, wurde das leerstehende Ladenlokal am Wochenende nun

offiziell seiner Bestimmung übergeben. Das Zentrum bietet Mitten im Herzen von Langendreer – am Alten Bahnhof – Menschen aus dem Stadtteil und darüber hinaus einen Ort um sich zu versammeln, um sich auszutauschen, sich zu vernetzen und gemeinsam Aktivitäten und Freizeit zu planen. Die NaturFreunde sind, wie der Name vielleicht im ersten Moment vermittelt, nicht nur der Natur und dem Umweltschutz verbunden. Als NaturFreund setzen sich bundesweit 70.000 Menschen in 630 Ortsgruppen unter anderem auch für sanften Tourismus sowie Sport und Kultur ein. Damit sind die NaturFreunde ein, so wie es der Internetseite des Bundesverbands zu entnehmen ist, sozial-ökologischer und gesellschaftspolitisch aktiver Verband. Carina Gödecke wünscht sich für das NaturFreundeZentrum, dass es sich ganz im Sinne der Idee der NaturFreunde entwickeln wird und dass das Zentrum somit ein Ort für politische Diskussionen um ökologische und ökonomische Fragestellungen, eine Ideenschmiede für sinnvolle Freizeitgestaltung und vor allem eine soziale Heimat für Menschen verschiedener Altersgruppen, Religionen und Nationalitäten wird.

## Weitere Informationen

**Carina Gödecke**



**Serdar Yüksel**



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL  
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0